

4212/AB XXI.GP

Eingelangt am: 09.10.2002**BUNDESMINISTERIUM für
WIRTSCHAFT und ARBEIT**

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 4263/J betreffend passives Wahlrecht für ArbeitsmigrantInnen - Urteil der UNO-Menschenrechtskommission vom 4. April 2002 - Rechtsbruch durch die Republik Österreich, welche die Abgeordneten Karl Öllinger, Kolleginnen und Kollegen am 19. August 2002 an mich richteten, wird auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage des Herrn Bundeskanzlers (4262/J-NR/2002) verwiesen.